

# BerlinAktuell



## Land der Kinder Land der Ideen

- Mitarbeiter investieren in ihr Unternehmen
- Kinder und Karriere dank Betreuung
- Unionsfraktion: Jugend will Zukunft
- Politik-Lexikon: Abgeordneten-Recht

Politische Informationen der Bundestagsabgeordneten  
Michaela Noll und Uwe Schummer

# Mitarbeiter investieren in ihr Unternehmen

**Was würde wohl Ludwig Erhard sagen, wenn er erleben könnte, wie es heute seiner Idee der Sozialen Marktwirtschaft geht? Demographie und Billiglohnländer bringen den deutschen Sozialstaat in Gefahr.**

„Die deutschen Unternehmen müssen sich wandeln, damit sie den Schritt ins 21. Jahrhundert schaffen“, sagt Uwe Schummer, Mitglied im Bundesvorstand der CDU-Sozialausschüsse.

Er ist Bundestagsabgeordneter des Kreises Viersen und hat für den Beschluss des Düsseldorfers Bundesparteitages der CDU „Wachstum, Arbeit - Wohlstand“ das Kapitel Mitarbeiterbeteiligung erarbeitet. Schummer fordert eine stärkere wirtschaftliche Beteiligung der Mitarbeiter in den Unternehmen. Bei Gewinnen sollen sie eine Ausschüttung bekommen und können diese wieder in die Firma investieren. Durch den Investivlohn werden sie sozusagen Teilhaber. Ein Vier-

tel der deutschen Unternehmen beteiligt bereits Mitarbeiter. Die Formen sind so unterschiedlich wie die Geschäftsideen: von Darlehen, die Angestellte ihrer Firma gewähren über eine stille Beteiligung, bis zur Belegschaftsaktie.

Davon profitieren sowohl Angestellte als auch Unternehmer. „Wenn jemand Anteile an seiner Firma besitzt, setzt er sich auch mehr für sie ein. Schließlich erhöht er mit guter Arbeit die Chance, dass sein Betrieb sich gut entwickelt. Das erhöht die Produktivität“, erläutert Schummer. Untersuchungen haben ergeben, dass Mitarbeiter als „Co-Manager“ seltener krank sind, produktiver und sorgsamer arbeiten und seltener kündigen. Neben dem Gehalt entwickelt sich eine zweite Einnahmequelle, zum Beispiel eine Altersversorgung, auf deren Entwicklung sie selbst Einfluss nehmen können.

Für die Unternehmen verbessert sich gleichzeitig die

Kapitalstruktur. Das Eigenkapital eines Firmeninhabers liegt im Bundesdurchschnitt bei 17,5 Prozent. Im Mittelstand sind es weniger als zehn Prozent. Derzeit verschärfen die Banken aufgrund der Basel II-Vereinbarung die Bedingungen für Kredite. Die Folge: Selbst gesunde Unterneh-

werden. Eine Partnerschaft, von der alle profitieren“, sagt Uwe Schummer. Außerdem könne so das Problem, dass viele Firmeninhaber keinen Nachfolger finden, innerbetrieblich durch die Beschäftigten gelöst werden. Derzeit verschwinden aufgrund der demografischen Unternehmerlücke in Deutschland jährlich 30 000 Betriebe vom Markt.



Eine neue Unternehmenskultur fordern  
CDU und Uwe Schummer

men geraten häufiger in Liquiditätsprobleme. Insolvenzen könnten durch die Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter verhindert und so viele Arbeitsplätze erhalten werden. „Arbeitgeber und Arbeitnehmer können Kapitalpartner

### Schummers Forderungen im Einzelnen:

- Mitarbeiter sollen ihren Barlohn Brutto-für-Netto in eine Beteiligung umwandeln können.
- Die Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern wird in das Altersvermögensgesetz aufgenommen.
- Das V ermögensbildungsgesetz soll T ariffonds erlauben, die als Gesellschaft von beteiligten Mitarbeitern organisiert sind.
- Ein Sonderprogramm der Kreditanstalt für W iederaufbau unterstützt Mitarbeiter, die einen Betrieb von ihrem Chef übernehmen wollen.

# Betreuung macht Kinder und Karriere möglich

**Die meisten Menschen wollen Kinder - aber immer weniger haben Kinder. Vielfach ist die Arbeitswelt heute so, dass Kinder und Beruf nur schwer unter einen Hut zu bringen sind.** Die CDU-Bundestagsabgeordnete Michaela Noll hat den Spagat geschafft. „Mütter zerreißen sich, um Kinder und Karriere miteinander zu verbinden“, ist ihre Erfahrung. Die Benachteiligung von berufstätigen Frauen mit Kindern ist für die Familienpolitikerin ein gravierendes Problem.

„Dass Frauen arbeiten, ist angesichts der alternden Gesellschaft und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels in der Wirtschaft notwendig“, sagt die Familienpolitikerin. Die Realität in der Bundesrepublik stellt junge Menschen aber häufig vor eine Entweder-oder-Entscheidung : Kind oder Karriere? Deshalb setzt sich die Unionsfraktion für eine bessere und bezahlbare Kinderbetreuung ein - und dafür, dass

es genügend Plätze in Kindergärten und Horten gibt. „Die Union hat den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geschaffen. Und durch unsere Forderung nach mehr Ganztagsplätzen und -angeboten haben sich die Rahmenbedingungen verbessert. Es



Deutschland - Land der Kinder ?

besteht aber weiter Handlungsbedarf“, analysiert Michaela Noll. Sie fordert nicht nur Quantität, sondern auch qualitative Verbesserungen durch Förderung von Kleinkindern. „Wir müssen in die vorschulische Bildung investieren und die Potenziale der Kinder besser nutzen. Sie sind in den ersten Lebensjahren besonders

wissbegierig“, weiß die Bundestagsabgeordnete und Mutter. Es liege an der Politik, ein für alle Beteiligten akzeptables Konzept zu schaffen. Vorbildlich seien die Bildungspläne für Kinder bis zehn Jahre, die die unionsregierten Bundesländer entworfen haben.

„Es darf nicht sein, dass Kinder, die in den Kindergarten kommen, keine Schleife binden können und Kinder, die in die Schule gehen, die deutsche Sprache nicht richtig beherrschen“, betont Michaela Noll. Die Union unterstützt daher den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das die Bundesregierung verabschiedet hat, wertet Noll als Signal in die richtige Richtung.

Das Gesetz soll vor allem für Kinder unter drei Jahren mehr Krippenplätze und Betreuungsmöglichkeiten durch Tagesmütter schaffen. Die Finanzierung des TAG steht jedoch auf wackligen Beinen. Es kann zu Belastungen für die ohnehin schon klammen Kommunen führen, und es besteht die Gefahr, dass die Eltern

zur Finanzierung herangezogen werden. Das Betreuungsgesetz schreibt zudem keine Qualitätsstandards für Tagesmütter vor, sondern spricht von einer Qualitätsverbesserung nur als Ziel. „Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass sie ihr Kind einer qualifizierten Tagesmutter überlassen“, sagt Michaela Noll.

Sie prangert zudem Ungerechtigkeiten im Gesetz an: „Erwerbstätige Ehepaare mit einem Kind haben Anspruch auf Kinderbetreuung. Ein Facharbeiterhepaar mit fünf Kindern, bei dem ein Elternteil die Erziehungsarbeit übernimmt, besitzt hingegen keinen Anspruch. So sieht rot-grüne Familienfreundlichkeit aus.“ Gesellschaft, Wirtschaft und Politik müssen dafür sorgen, dass sich Kinder und Beruf ergänzen. Wenn Familien faire Bedingungen und Chancen erhalten, profitieren alle davon.

Die Aussage von Bundespräsident Horst Köhler bringt es auf den Punkt: „Ohne Kinder hat unser Land keine Zukunft. Daher ist es so wichtig, dass Deutschland als Land der Ideen vor allem ein Land für Kinder wird.“

# Unionsfraktion: Jugend will Zukunft

**Die Bundesregierung hat ihr Ziel aus dem Ausbildungspakt, allen Jugendlichen eine Lehrstelle zu geben, verfehlt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die negative Entwicklung stoppen.** „Die Grundlage dafür schaffen wir mit einer Neufassung des Berufsbildungsgesetzes“, sagt Uwe Schummer, Fraktionsexperte für berufliche Bildung. Ein zentraler Punkt seines Gesetzentwurfes ist, die Ausbildung in Stufen einzuteilen. Jede Stufe endet mit einem Abschluss, so dass auch Abbrecher nicht mit leeren Händen dastehen.

Nach dem bisherigen „Alles-oder-Nichts“-Prinzip bleiben jährlich 100 000 Schulabgänger auf der Strecke. Die Gesetzesinitiative der Union wurde von einer Expertenkommission in Berlin gelobt und schon bald können die Verhandlungen mit der Bundesregierung beginnen. „Die Chancen stehen gut, dass wir noch in diesem Jahr ein gemeinsames Gesetz

verabschieden können“, hofft Schummer. Die Neuregelung der Ausbildung ist Teil eines großen Unions-Konzeptes zur Zukunft der Jugend. Bei einer Anhörung haben mehr als 100 Jugendliche aus ganz Deutschland der CDU/CSU-Fraktion ihre Wünsche und Vorstellungen erklärt. „Wir haben ein Sechs-Punkte-Konzept mit dem Titel „Jugend will Zukunft“ erarbeitet“, berichtet die Bundestagsabgeordnete Michaela Noll.

Schulen sollen danach mehr Werte und soziale Kompetenzen vermitteln und durch Praktika bei der beruflichen Orientierung helfen. Um ausländische Jugendliche besser in die Arbeitswelt zu integrieren, möchte die Union ausländische Arbeitgeber stärker ansprechen. Sprachförderung wird schon im Vorschulalter verpflichtend. Hochschulen und Wirtschaft können bei Abschlussarbeiten kooperieren, und Praktika helfen bei der Orientierung.

# Abgeordneten-Recht

Ein Abgeordneter im Deutschen Bundestag genießt Rechte und unterliegt Pflichten, wie sie kaum ein anderer Beruf aufweist. Die Immunität schützt ihn vor Strafverfolgung und anderen Einschränkungen seiner persönlichen Rechte. Der Bundestag kann die Immunität aufheben, wenn zwischen einem Strafverfahren gegen ihn und der parlamentarischen Arbeit kein Zusammenhang besteht.

Der Abgeordnete darf auch nicht wegen seines Abstimmungsverhaltens oder wegen politischer Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden. Außerdem gibt es ein Zeugnisverweigerungsrecht. Das heißt, ein Abgeordneter braucht keine Auskünfte über Personen oder Informationen zu geben, die etwas mit seiner parlamentarischen Arbeit zu tun haben. Im Parlament hat der Abgeordnete das Recht, Fragen an die Regierung zu richten, die ein Minister beantworten muss. Und er darf im Bundestag reden. Allerdings legt die Frakti-

on fest, wer wann reden darf. So ist sichergestellt, dass das Parlament nicht durch endlose Debatten lahmgelegt wird.

Wie der Abgeordnete abstimmt, darf ihm niemand vorschreiben. Laut Grundgesetz ist er an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen. In der Praxis gibt es aber die Fraktionsdisziplin. Die Fraktion nimmt die Diskussion vorweg, um im Plenum einheitlich abzustimmen. Das Abstimmungsverhalten soll berechenbar sein, auch wenn der Abgeordnete gegen die Mehrheitsmeinung stimmt.

Der Abgeordnete ist aber nicht nur der Fraktion, sondern vor allem seinem Chef - dem Wähler - verpflichtet. Der hat für eine Partei und deren Position gestimmt. Andererseits schätzen die Bürger Politiker, die sich nicht verbiegen lassen, sondern zu ihrer Meinung stehen. In dieser Spannung befindet sich der Bundestagsabgeordnete bei jeder Abstimmung.

# BerlinerBlick



**Uwe Schummer**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 734 84

Fax: 030 - 227 769 92

[uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

[www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Wahlkreisbüro Viersen

Goetersstraße 54

41747 Viersen



**Michaela Noll**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 757 89

Fax: 030 - 227 761 22

[michaela.noll@bundestag.de](mailto:michaela.noll@bundestag.de)

[www.michaela-noll.de](http://www.michaela-noll.de)

Wahlkreisbüro Mettmann

Goethestraße 16

40822 Mettmann